

# Liebe CDU, jetzt mal Butter bei die Fische!

Der Verband „Lesben und Schwule in der Union“ (LSU) soll beim nächsten Bundesparteitag eine offizielle Arbeitsgemeinschaft der CDU Deutschlands werden. Das meldet unser Lieblingsmagazin „Der Spiegel“ in dieser Woche. Nun erschließt sich auf den ersten Blick nicht, warum die „Volkspartei der Mitte“ neben mitgliederstarken Verbänden wie der Jungen Union (JU), Frauen Union (FU), Mittelstandsvereinigung MIT und Arbeitnehmerflügel CDA eine 400-Mitglieder-Organisation, deren Kernforderungen nicht einmal von der Partei geteilt werden, mit Sonderrechten und wahrscheinlich auch Budget ausstatten will. Aber sei's drum, das ist nicht mein Problem. Wenn „Muttis GAYle Truppe“ (Eigenwerbung) Teil der Parteistruktur werden soll – bitte sehr. Allerdings würde ein solcher Beschluss Fragen aufwerfen. Im Jahr 2009 konstituierte sich im Umfeld der Union ein „Arbeitskreis Engagierter Katholiken“ (AEK), der analog zur von der CDU anerkannten Vereinigung „Evangelischer Arbeitskreis“ (EAK) besonders katholische Positionen in die innerparteilichen Diskussionen der C-Partei einbringen wollte. Anders als den evangelischen Mitchristen wurden den Katholiken eine Anerkennung als Partei-Organisation jedoch versagt. Die „Christdemokraten für das Leben“ (CDL), eine weitere Organisation mit rund 6.000 Mitgliedern, setzt sich für unbedingten Lebensschutz ein – gegen Abtreibung und Sterbehilfe. Auch die CDL ist lediglich „sonstige Organisation“, die zwar ein paar Bundestagsabgeordnete in ihren Reihen hat und bisweilen Parteiräumlichkeiten nutzen, aber keine offizielle Parteigliederung sein darf, die z. B. Antrags- und Vorschlagsrecht bei Parteitagungen hätte. Wenn die CDU wirklich die große Volkspartei auf christlichem Wertefundament sein will, dann sollte sie mit der LSU zusammen auch CDL und AEK zu Part-Verbänden ernennen. Das wäre dann konsequent.

---

## Kurz mal zur Hamburg-Wahl

Die Wahlen an der Alster haben für die politische Stimmung in Deutschland nur eine begrenzte Aussagekraft. Hamburg war immer SPD-Hochburg, ist SPD-Hochburg und wird vermutlich auf lange Sicht SPD-Hochburg bleiben. Eine pragmatische Sozialdemokratie, geführt von einem Olf Scholz, der in seinem Politikverständnis durchaus mit Kanzlerin Merkel und der ruhigen Hand vergleichbar ist, kann im hohen Norden nicht geschlagen werden. Schon gar nicht von einem blutleeren CDU mit einem Kandidaten, dessen Namen die meisten Menschen jetzt schon vergessen haben, und der – wenn überhaupt irgendwo – nur mit der Fußnote „Er hat sich stets bemüht“ in der politischen Historie vermerkt sein wird. Die FDP ist wieder da, Katja Suding sei Dank – und Christian Lindners Knallerrede zum Thema Gründergeist im Landtag, die im Internet hunderttausendfach angeschaut wurde. Die Grünen sind noch da und stehen nun als Hilfstruppe für Olaf Scholz bereit, obwohl sie seine Politik eigentlich gar nicht mögen. Die AfD hat es auch mit einem liberal-konservativen Angebot an die Wähler geschafft. Dass noch am Wahlabend ihr national-konservativer Flügel aus Ostdeutschland belehrend in die Jubelparade grätschte, lässt Zweifel aufkommen, ob das auf Dauer gut gehen wird. Und die SED/PDS/Linke hat auch

deutlich zugelegt. Fast jeder 10. Hamburger Wähler hat ihr gestern die Stimme gegeben. Eine Schande ist das.

---

## **Bunte Gender-Welt: Noch bekloppter geht's nicht mehr**

Es gibt eine reale Welt, und es gibt eine Parallewelt, eine sogenannte Matrix. Das habe ich schon früher so empfunden, wenn ich einige der zahlreichen irren Verschwörungstheorien, die im weltweiten Netz umherflirren, las. Aber nun kann ich es beweisen, und zwar anhand eines Beispiels, das in der sogenannten Realwelt stattfindet. In Österreich ist die Aufregung groß, seit bekannt wurde, dass Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek von der SPÖ eine Gender-Broschüre verbreiten lässt, die sich - kein Witz! - mit der Benachteiligung von Frauen bei Steinigungen in islamischen Ländern wie Afghanistan, Iran, Jemen, Nigeria, Saudi-Arabien und Sudan beschäftigt. In der Broschüre „Tradition und Gewalt an Frauen“ wird festgestellt, „dass die Durchführung der Steinigung eindeutig Nachteile für Frauen aufweist“. Ja, das kann man wohl sagen, für Männer allerdings auch. Was die wackeren Genderistinnen konkret bemängeln, ist, dass Männer bei einer Steinigung lediglich bis zur Hüfte eingegraben werden, Frauen jedoch bis zu den Schultern. Eine klare Benachteiligung, wie sie feststellen, denn wenn sich ein Deliquent vor dem Tod aus der Situation befreien kann, steht eine Begnadigung in Aussicht. Männer haben also größere Chancen, davonzukommen. Das finden die intellektuell durchgegenderten Expertinnen irgendwie doof. Ob sie in erster Linie fordern, dass Männer gleich tief eingegraben werden, bevor man ihnen Pflastersteine an den Kopf wirfst, oder die Frauen auch nur bis zur Hüfte, konnte ich bisher nicht herausfinden. Aber ich frage mich, was im Kopf von Menschen vorgehen mag, die nicht das Barbarische der Steinigung zum Anlass nehmen, die Abschaffung derselben zu fordern, sondern sich darum sorgen, dass Männer und Frauen wenigstens endlich gleichberechtigt zu Tode gefoltert werden können.

---

## **Ein Tor öffnen, das man nie wieder schließen kann**

In verschiedenen Medien wurde diese Woche darüber berichtet, dass in den USA eine Frau ihr ungeborenes Baby hat töten lassen, einfach, weil es ein Junge war. Die Frau hat das öffentlich zugegeben, ohne Unrechtsbewusstsein, denn ein Mann hatte sie einst im Flugzeug als „Schlampe“ bezeichnet, und seitdem hasst sie Männer. 2012 hatte sie sich künstlich befruchten lassen und sogar nach Betreuungseinrichtungen gesucht, die ausschließlich für Mädchen gegründet worden sind. Aber dann erwartete sie einen Jungen, ein „Monster“, wie sie das nennt. Man könnte das für eine weitere

spinnerte Geschichte aus den oftmals überdrehten Vereinigten Staaten halten. Aber man könnte auch darüber nachdenken, wie sich Dinge entwickeln können, wenn man auf den unsäglich dummen Satz „Mein Bauch gehört mir“ Rechtsnormen aufbaut. Ich habe selbst oft über das „Tor“ geschrieben, das man „einmal geöffnet, nie wieder wird schließen können“. Wer menschliches Leben grundsätzlich zur Disposition stellt – egal, ob das ungeborene, das alte oder das behinderte – verändert das Bewusstsein der Menschen. Und, bevor ich allzu übel beschimpft werde, es geht mir hier nicht um die vielzitierte Notlage. Natürlich gibt es außergewöhnliche Situationen, in die zum Beispiel eine werdende Mutter geraten kann, wenn ihr Leben selbst gefährdet ist oder die Schwangerschaft Folge einer Vergewaltigung ist oder, oder, oder... Aber Schwangerschaftsabbruch als Mittel der Familienplanung? Sterbehilfe als Folge einer Entscheidung der vermeintlichen späteren Erben? PID als Alltag auf dem Weg zum völlig makellosen Kind? Ich halte viele Forderungen dieser Art für eine furchtbare Entwicklung, und ich bin froh, dass wir in Deutschland noch nicht (ganz) so weit sind. Nun mögen Sie einwenden, dass man doch nicht aus einem Fall in den USA solch ein Pauschalurteil fällen darf. Mag sein, aber es ist eben nicht nur der eine Fall. Es ist auch die junge Frau, die ich mal kennengelernt habe, die im Alter von 31 Jahren schon vier Abtreibungen hinter sich hatte, weil sie vier Mal schwanger von vier unterschiedlichen Männern war, die sie alle kaum kannte. Oder schauen Sie nach Indien und China, wo jedes Jahr zigtausende Kinder abgetrieben werden, einfach weil sie Mädchen somit und in den Augen ihrer Erzeuger nutzlos sind. Wo sind eigentlich die Feministinnen, die immer lauthals für das „Recht auf Abtreibung“ gestritten haben, wenn sie nun feststellen müssen, dass in manchen Teilen dieser Welt besonders die Mädchen zu Opfern dieser Forderung werden?

---

## **Tebartz van Elst ist wieder da**

Der frühere Bischof von Limburg, Franz-Peter Tebartz-van Elst, ist zurück auf der Bildfläche. Was gerüchteweise schon gehandelt wurde, bestätigte sich am Samstag in Rom. Der Pastoraltheologe war nach öffentlichem Streit um exorbitante Kosten beim Neubau seines Amtssitzes zurückgetreten. Nun wurde er zum Delegaten im Päpstlichen Rat für die Neuevangelisierung ernannt. Interessant ist, wie eine mediale Meute nun erneut zu Spott und Hohn greift und den „Protz-Bischof“ zu neuem Leben erweckt. Vielfach sind es dieselben Leute, die kein Problem damit haben, wenn ein früherer Straßenschläger Bundesaußenminister wird oder StaSi-Spitzel hohe politische Führungsämter ausüben dürfen. Die vielgerühmte „zweite Chance“ dürfen wohl nur Menschen für sich reklamieren, die die richtige Gesinnung haben.

---

## Verstoßen vom Fortschritt

Der Bruno Gmünder Verlag in Berlin hat den Chefredakteur seines Schwulenmagazins „Männer“, David Berger, entlassen. Der Theologe war lange Jahre tief im katholischen Milieu verwurzelt, war Schriftleiter des Monatsmagazins „Theologisches“ und Lektor der Päpstlichen Kongregation für die Glaubenslehre, bevor er sich im April 2010 in einem Beitrag für die Frankfurter Rundschau öffentlich zu seiner Homosexualität bekannte. Nach Erscheinen seines Buches „Der heilige Schein“ Ende 2010 entzog ihm das Erzbistum Köln die Lehrerlaubnis für katholische Religion. Berger wurde zu einem der bekanntesten Aktivisten der Homosexuellenszene in Deutschland. Einem breiten Publikum wurde er 2012 bekannt, als er eine „Kopfprämie“ von 15.000 Euro aussetzte, um die Hintermänner der fundamentalistischen Internetseite kreuz.net aufzudecken. Berger trat aus der katholischen Kirche aus und kritisierte fortan wortgewaltig die Kirche und besonders den inzwischen emeritierten Papst Benedikt XVI. für deren Haltung zur Homosexualität. Vor gut einem Jahr verstieg sich Berger zu der Forderung, gläubige Katholiken nicht mehr in Fernsehdiskussionen einzuladen, da diese „homophobe“ Ansichten verträten. Und nun ist er arbeitslos. Im November hatte zuvor die Deutsche Aidshilfe ihre Anzeigen für „Männer“ storniert. Das Magazin, so die Begründung der mit Steuermitteln finanzierten Stiftung, fördere eine Vorstellung von Männlichkeit, die nicht zeitgemäß sei. Berger wird von der sogenannten „queer“-Lobby der Gender-Jünger ein „Rechtsruck“ vorgeworfen, weil er es gewagt hatte, die Verfolgung von Homosexuellen durch den Islam öffentlich zu kritisieren. Es darf eben in Deutschland doch nicht alles einfach so gesagt werden, auch wenn man auf der vermeintlich unverdächtigen „richtigen Seite“ steht. Das hat David Berger nun selbst erfahren.

---

## Gilt jetzt auch „Arsch huh“, liebe Kölner?

Die Kölner Zivilgesellschaft wird immer wieder gelobt. Das Miteinander von Kulturen und Religionen „bei uns im Veedel“ wird leutselig besungen, kein Rechtsradikaler, der irgendwo in Sichtweite des majestätischen Doms entdeckt wird, ohne kopfstärke Gegen-Manifestation von Toleranz, Weltoffenheit und Liberalismus. Geradezu legendär die Kampagne „Arsch huh, Zäng ussenander“, die 1992 aus einem riesigen Rockkonzert entstand und sich gegen rechte Gewalt richtete. Bei passender Gelegenheit ersteht sie oder zumindest ihr Geist immer wieder neu, zuletzt als Reaktion auf die islamkritischen und teilweise rechtsextremen KöGida-Aufmärsche. 15.000 Kölner demonstrierten dagegen und für das bunte Köln. Doch die Nagelprobe könnte in diesen Tagen kommen. Das Festkomitee des Kölner Karnevals teilte am Mittwoch mit, dass es den geplanten Mottowagen mit einem „Charlie Hebdo“-Motiv beim diesjährigen Rosenmontagszug in der Jecken-Hochburg zurückziehen werde. Auf Facebook hatten zuvor 7.000

Menschen das Motiv ausgesucht, das einen Zeichner zeigt, der seinen Bleistift in den dadurch berstenden Pistolenlauf eines erkennbar islamistischen Selbstmordatentäters steckt. Die Karnevalisten schrecken zurück. Sie haben Angst, ihr ausgelassenes Treiben könnte zu einem Anschlagziel werden. Ein unerhörter, wenn auch verständlicher, Vorgang. Und ein Vorgang, der die Frage aufwirft: Wie ernst meint es die Kölner Zivilgesellschaft mit ihrem Eintreten für Toleranz und Weltoffenheit? Wie reagiert sie in einer Stadt mit einem hohen Anteil muslimischer Bürger? Gilt da auch „leben und leben lassen“? Ich bin sehr gespannt, was nach der Entscheidung des Festkomitees passieren wird....

---

## **Freiheit gehört nicht nur einem Teil der Gesellschaft**

In Lübeck beschwerten sich dieser Tage Schüler von fünf Europaschulen öffentlich, dass sie als „schulische Pflichtveranstaltung“ an einer Demonstration für Toleranz, Vielfalt, Weltoffenheit und so weiter und so weiter teilnehmen mussten. Als Pflichtveranstaltung habe man das nur aus versicherungsrechtlichen Gründen bezeichnet, erklärte ein Schulleiter auf Anfrage, und ich würde nicht einmal ausschließen, dass das stimmt in diesem Land, in dem alles seine Ordnung haben muss. Jedenfalls waren die Schüler der siebten und achten Klassen verpflichtet, die Demonstration als Teil des Unterrichts zu besuchen. Gelebte Demokratie sozusagen, auch das erstmal gut. Aber stellen wir uns vor, eine Schule oder ein Lehrer würde mit seiner Klasse zu einer Pegida-Demo gehen oder zum 1000-Kreuzemarsch nach Berlin oder in Stuttgart zur Demo gegen die Frühsexualisierung von Kindern durch rot-grüne Bildungspläne. Liebe Leute, was wäre in diesem Land los? Und damit bin ich beim Punkt: Wenn Politiklehrer ihren Schülern zeigen wollen, wie Demokratie funktioniert, ist das großartig. Wenn Political Correctness dabei die Auswahl vorschreibt und Unliebsames außen vor lässt, ist es genau das Gegenteil von Demokratie. Das passiert übrigens nicht nur in Schulen. Als Stadionbesucher sehe ich immer die Vereine und Spieler, die mit Ansprachen vor dem Anpfiff und Transparenten ihre Abneigung gegen Homophobie und Rassismus bekunden. Und das ist auch absolut in Ordnung, wenn Vorbilder Zivilcourage zeigen. Aber Philipp Lahm, der vor einem Spiel mit Mikro in der Hand einen Text vorliest, in dem er vor den Gefahren durch gewalttätige Zuwanderer warnt? Hannover 96, das aufruft, an einer Demo gegen Spätabtreibungen teilzunehmen? Oder auch das Land Nordrhein-Westfalen, dass zum „Tag des ungeborenen Lebens“ anordnet, vor allen öffentlichen Gebäuden Fahnen der Pro-Life-Bewegung zu hissen? All das werden wir niemals erleben, und all das belegt bedauerlich eindrucksvoll, dass es natürlich eine Political Correctness gibt, die sich wie Mehltau über unsere Gesellschaft legt und einen offenen Diskurs an Meinungen und Ideen behindert. Und das ist keineswegs nur ein deutsches Problem, sondern ein Problem „des Westens“ insgesamt.

Aus Frankreich wurde jetzt der Fall eines Kunstlehrers bekannt, der 13- und 14-jährigen Schülern in seiner Collège-Klasse Mohammed-Karikaturen gezeigt hatte. Nach den Terroranschlägen von Paris wollte er mit den jungen Leuten über Meinungs- und Pressefreiheit diskutieren. 20 muslimische Schüler beschwerten sich darüber bei der Schulleitung. In den Streit griff schließlich die Schulbehörde in

Straßburg ein. Sie suspendierte den Lehrer. Der darf nun vier Monate lang nicht mehr unterrichten. Die Leitung der Schulbehörde begründete diesen skandalösen Schritt damit, man habe die Lage „befrieden“ wollen. Suspendiert, weil er seinen Schüler Freiheit erklären wollte.... Wundert sich noch jemand, dass Menschen aus anderen Kulturen inzwischen über uns und unsere Demokratie lachen?

---

## **Hoppla, jetzt kommt Alex**

Das ging nun wirklich fix. Gestern Abend Wahlsieger, heute schon Ministerpräsident Griechenlands. Alexis Tsipras (40) ist zunächst einmal am Ziel. Seine Hoffnung auf eine rein linke Regierung wurde allerdings um zwei Sitze verfehlt, so dass in Athen nun eine erstaunliche Koalition aus Links- und Rechtspopulisten die Macht übernommen hat. Sichtbare Schnittmengen zwischen den Programmen beider Parteien sind kaum feststellbar. Lediglich die Abneigung gegen fortdauerndes Sparen und die Tilgung eines Schuldenbergs verbindet die ungleichen Partner. Die EU und insbesondere Deutschland sollen sich warm anziehen, ist nun allerorten in Kommentaren zu lesen und bisweilen auch bereits von Politikern der neuen griechischen Regierung zu hören. Alexis Tsipras wird es schon allen zeigen, so hoffen auch hierzulande Manche, die sich seit Jahren (vergeblich) wünschen, dass endlich mal etwas so richtig den Bach runtergeht. Aber wie soll das gehen? Auch ein junger eloquenter Wahlsieger kann die Gesetze des Marktes nicht aushebeln. Bedient Griechenland seine Kredite nicht mehr, gibt es kein frisches Geld. So einfach ist das. Führt Athen seine Reformen nicht weiter und baut seine Strukturen nicht weiter um - damit zum Beispiel auch schwerreiche Reeder und andere Milliardäre endlich einmal Steuern bezahlen - wird auch in Zukunft und dauerhaft eine Ebbe in der griechischen Staatskasse herrschen, gegen die alles Bisherige eher ein laues Lüftchen gewesen ist. Auch die jüngere Geschichte anderswo hat immer wieder politische Helden ganz nach oben gespült, die allzu ambitionierte Erwartungen ihrer Wählerschaft nicht einmal im Ansatz erfüllen konnten. Denken wir nur an den derzeitigen Mann im Weißen Haus...wie heißt der noch gleich? Auch Alexis Tsipras kann die Schwerkraft nicht außer Kraft setzen. Sein Drohpotential gegenüber EU und Deutschland ist sehr übersichtlich. Aber natürlich hat auch er als demokratisch gewählter Regierungschef jede Chance verdient, uns allen zu zeigen, was er drauf hat.

---

## **Berufsverbot für Old Shatterhand**

Eines unserer Kinder hat heute ein Eltern-Rundschreiben der Schulleitung mit nach Hause gebracht. Es geht - unvermeidlich im Rheinland - um den bevorstehenden Karneval und die getroffenen Regelungen

und die zu berücksichtigenden Vorschriften, denn auch der ausgelassene Frohsinn bedarf in Deutschland gründlicher Einweisungen. Normalerweise würde ich jetzt fragen, ob karnevalistisches Treiben in einem Bundesland mit so niedrigen Bildungsstandards wie Nordrhein-Westfalen tatsächlich ein überzeugender Grund für Unterrichtsausfall an zwei Tagen und verkürzten Unterricht an einem weiteren sein sollte. Aber zum einen kann man ja Brauchtumpflege durchaus auch als wertvollen Lerninhalt betrachten. Und zum anderen würden mir die zahlreichen Jecken unter meinen rheinischen Freunden wieder die Hucke vollhauen, würde ich derart frevelhafte Fragen stellen. Wahrscheinlich würde man mir meine vermeintlich freudlose Kindheit in meiner vermeintlich spaßfreien ostwestfälischen Heimat vorhalten. Lassen wir das also, und wenden uns einem anderen Aspekt des Rundschreibens zu.

„Wir möchten darauf hinweisen, dass Pistolen, Gewehre, Konfetti, Luftschlangen aus der Sprühdose und farbige Haarsprays verboten sind“, schreibt das Lehrerkollegium an uns Eltern. Nun gehe ich davon aus, dass mit „Pistolen, Gewehre“ keine wirklich schießfähigen Waffen gemeint sind. Sollte ich mich in diesem Punkt irren, würde ich mal fragen wollen, wieso das außerhalb des Karnevals anders sein sollte. Also gehen wir von Spielzeugpistolen und Spielzeuggewehren aus. Wieso sind die verboten? Ich meine: Waren Sie auch mal jung? Cowboy und Indianer gespielt? Bei Winnetou III vor dem Fernsehapparat geweint? Und haben im realen Leben nicht auch Jäger ein Gewehr? Und Polizisten eine Pistole, um uns im Notfall zu beschützen? Wieso dürfen Kinder im Karneval zwar noch als Sheriff, aber ohne typisches Arbeitsgerät kommen? Ich glaube, da werde ich mal bei der Schule nachfragen.... (und Sie gegebenenfalls weiter auf dem Laufenden halten)

Diesen Tagebucheintrag widme ich übrigens dem unvergessenen US-Präsidenten Ronald Reagan, in seinem ersten Leben mehrfach Darsteller in Westernfilmen. Von ihm stammt der Satz: „Ich habe mal in einem Film einen Sheriff gespielt, der glaubte, ohne Schusswaffe auszukommen. Nach 27 Minuten war ich tot...“